

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Einzelhefte geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: M. 9.30, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 10.30, durch die Träger ins Haus gebracht M. 12.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entrichteten Entgelts.



Anzeigenpreis: Erste Anzeigen M. 2.—, zweite M. 1.—, dritte M. 0.50, vierte M. 0.25, fünfte M. 0.15, sechste M. 0.10, siebte M. 0.05, achte M. 0.03, neunte M. 0.02, zehnte M. 0.01. — Anzeigen für die ersten 10 Tage werden ohne Rücksicht auf die Anzahl der Zeilen und die Größe der Anzeigen berechnet. — Nach dem 10. Tage wird für jede Zeile ein Zuschlag von 50% erhoben. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Donnerstag, 26. Januar 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 43. • 70. Jahrgang.

Deutschland und Sowjetrußland.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat sich, wie bereits kurz gemeldet wurde, in seiner letzten Sitzung eingehend mit den Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland beschäftigt. Den äußeren Anlaß dazu bildeten die Vorschläge, die der russische Vertreter in Deutschland, Krestinski, aus Moskau überbrachte. Bei der Unterredung, die Herr Krestinski nach seiner Rückkehr aus Moskau mit dem Reichsminister Dr. Wirth hatte, handelte es sich nämlich keineswegs nur um den üblichen Besuch, den die Vertreter ausländischer Staaten nach der Rückkehr auf ihren Berliner Posten zu machen pflegen. Schon die „Prawda“ hatte vor der Rückkehr Krestinskis erklärt, er bringe nach Berlin weitgehende politisch-wirtschaftliche Vorschläge mit, die für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland von großer Bedeutung sein würden. In eingeweihten Kreisen in Berlin erzählte man sich auch, daß sich Krestinski sehr warm für ein Zusammengehen mit Deutschland ausgesprochen habe und man verwies darauf, wie wünschenswert für beide Teile eine Festigung der gegenseitigen Beziehungen wäre.

Ohne Zweifel ist auch der am 6. Mai vorigen Jahres unterzeichnete deutsch-russische Vertrag — man hat ihm damals den Titel gegeben „Deutsch-russisches Abkommen über die Erweiterung der Tätigkeit der beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangene“ — verbesserungsbedürftig, wenn er allerdings auch wesentlich besser ist als sein Titel. Tatsächlich handelt es sich jedoch bei diesem seinerzeit stark angefeindeten Vertrag um ein Staatsabkommen, durch das die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder auf eine feste Grundlage gestellt wurden. Der schon vor dem Abschluß des Vertrages einsetzende deutsch-russische Handel hat sich in der letzten Zeit — und hierin muß man eine Wirkung des Vertrages erblicken — weiter günstig entwickelt. Daß natürlich noch nicht die Zahlen der Vorkriegsjahre erreicht werden — 1912 stand Deutschland mit 45 Prozent der gesamten russischen Einfuhr an erster Stelle, England folgte damals mit 12 Prozent — braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Im ersten Halbjahr 1921 betrug nach den russischen Statistiken die deutsche Einfuhr nach Rußland 2 134 126 Rub. Deutschland lieferte damit 18,8 Proz. der Gesamteinfuhr und rangierte so hinter England, das mit 30,6 Prozent an erster Stelle stand. Im dritten Vierteljahr 1921 lag die deutsche Einfuhr auf 8 216 370 Rub gleich 23 Prozent, sie blieb also immer noch wesentlich hinter England zurück, das mit 11 1/2 Millionen Rub 32,6 Prozent der Gesamteinfuhr deckte. Immerhin soll man auch diese Ergebnisse nicht gering werten, zumal auch das sowjetamtliche Wirtschaftsblatt „Ekonomistaja Sibir“ erst unlängst ausführt, die deutsche Einfuhr — sie umfaßt vor allem Maschinen und Produktionsmittel, Eisenbahnmateriel jeglicher Art nimmt die erste Stelle ein — werde weiter zunehmen, während die englische Einfuhr, die hauptsächlich in Lebensmitteln bestand, zurückgehen dürfte, sobald sich Rußlands Ernährungslage gebessert habe.

Erst ein Vorgang der letzten Zeit hat jedoch gezeigt, wie leicht Störungen recht bedenklicher Natur in den deutsch-russischen Beziehungen eintreten können. Die Handelsvertretung der Sowjetrepublik in Berlin verlor nämlich Ende Dezember vorigen Jahres ein Rundschreiben an die mit ihr in geschäftlicher Beziehung stehenden deutschen Unternehmen, in dem sie mitteilte, daß sie sich gezwungen sehe, die in der letzten Zeit gepflogenen Verhandlungen wegen Vergebung von Aufträgen bis auf weiteres zu unterbrechen. Der Grund hierfür war einmal, daß die zuständigen behördlichen Stellen in Deutschland große Schwierigkeiten bei Erteilung der erforderlichen Einreiseerlaubnisse für das zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes nötige Personal machen, und zweitens, daß die nötigen Räumlichkeiten der Handelsmission nicht zur Verfügung gestellt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das in der Handelsmission tätige Personal etwa 300 Köpfe zählt, ungefähr die Hälfte davon sind Deutsche. Diese auf den ersten Blick hoch erscheinende Zahl erklärt sich daraus, daß die Handelsmission ja das Handelsmonopol mit Rußland hat. Ihr liegt einmal die Aufgabe ob, Industrie und Landwirtschaft in Rußland mit dem notwendigen Material zu versorgen und andererseits ist auch der gesamte Export aus Rußland nach Deutschland in ihre Hand gegeben. Selbstverständlich kann nicht geleugnet werden, daß bei der heutigen Wohnungsnot für die Unterbringung so umfangreicher Missionen Schwierigkeiten erwachsen. Indessen besteht leicht nach einer Erklärung der deutschen Regierung die begründete Aussicht für die Zwecke der Sowjetregierung eine weitere größere Anzahl von Räumen frei

zu machen. Auch in bezug auf die Einreisegehalte hat die deutsche Regierung Entgegenkommen zugesagt.

In der Richtung der Erweiterung des deutsch-russischen Abkommens würde vor allem natürlich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen liegen. Diese Anknüpfung von diplomatischen Beziehungen, d. h. die Ernennung bevollmächtigter politischer Gesandter in den beiden Ländern ist von Rußland bisher zwar eifrig betrieben worden, von Deutschland bislang aber abgelehnt worden. Hier ist die Auffassung maßgebend, daß für die Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach im Jahre 1918 noch keine Sühne gegeben sei. Mit einer vollkommenen Schwelung der deutschen Regierung dürfte hier zunächst auch kaum zu rechnen sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß man bezüglich der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen — bei den gegenseitigen Vertretungen handelt es sich jetzt nur um Handelskommissionen — in Übereinstimmung mit den anderen Mächten vorgehen wird.

Nun hat sich in letzter Zeit auch die russische Presse recht eingehend mit dem Problem Genua beschäftigt. Die Alliierten stellen wie an Deutschland so ja auch an Rußland Forderungen. Es wäre daher verwunderlich, wenn der Berliner Vertreter der Sowjetregierung bei seinem jüngsten Besuch beim Reichsminister nicht auch auf die Forderungen hingewiesen hätte, die sich aus diesen Tatsachen ergeben müssen. Das ist um so mehr anzunehmen, als man in Moskau offensichtlich bemüht ist, die Verhandlungen mit den einzelnen Mächten zu fördern, daß man in Genua nicht einer gescheiterten Bilanz gegenübersteht. Man sucht ganz offenbar eine gewisse Rückendeckung und das um so mehr als man sich mit der Idee eines internationalen Aufbaufortschritts nicht befremden kann. Ferner hat gerade in der letzten Zeit die „Iswestija“ im Hinblick auf Genua die französische Bourgeoisie als den erbittertesten Feind Sowjetrußlands bezeichnet.

Wie weit bei den in Genua zur Erörterung gelangenden Fragen ein Zusammengehen der Sowjetdelegation mit den Vertretern Deutschlands möglich ist, bleibt natürlich abzuwarten. Erstreulich ist immerhin, daß sich in Deutschland der Gedanke an ein Zusammengehen mit Rußland — das ja, wie der frühere Außenminister Rosen erst jetzt ausführte, keine Bedrohung für Deutschland mehr bildet — immer mehr durchsetzt. Auch in der vertraulichen Aussprache des Auswärtigen Ausschusses wurde ganz allgemein der Wunsch zum Ausdruck gebracht, ein Weiterausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland sei auf das dringendste zu erstreben!

Deutsch-russische Verhandlungen über Genua.

W. T. B. Paris, 25. Jan. Das „Echo de Paris“ weist darauf hin, daß zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Sowjetdelegationen schon Verhandlungen über die Anerkennung von Genua angeknüpft worden seien. Krestinski, der der offizielle Wortführer Krestinskis sei, sei auf seinen Posten zurückgekehrt. Es sei leicht zu erraten, nach welcher Richtung diese Verhandlungen geführt würden. Rußland und Deutschland seien durch ein gemeinsames Interesse nähergebracht worden, nämlich durch den Widerstand gegen den Versailler Friedensvertrag. Die zwei Länder hätten durch die Wiederanerkennung des bolschewistischen Staates gelitten. Alle territorialen Abmachungen seien gegen sie oder ohne sie erfolgt, und was die Reparationen angehe, so müsse die Regierung Lenin natürlich die gleichen Pläne der Kompensation der europäischen Schuld, von der so viele Angehörigen leiden, berücksichtigen. Auch in der orientalischen Frage hätten die Nachfolger des Zaren das Mitspracherecht verloren. In Deutschland aber werde man nicht zögern, offen gegen die bestehenden Verträge Stellung zu nehmen, und sich bemühen, so viel wie möglich die Sprache Lenins zu führen.

Englische Bedingungen für die Anerkennung Sowjetrußlands.

W. T. B. London, 25. Jan. (Drahtbericht.) Die russische Abteilung der Londoner Handelskammer hat eine Entschließung angenommen, in der die von den alliierten Mächten in Cannes angenommene Resolution begrüßt, jedoch erklärt wird, die Durchführung der Verpflichtungen, die der Resolution zufolge übernommen werden müßten, sei nur möglich, wenn die Grundsätze des privaten Besitzes und die Freiheit der Person anerkannt und erzwingen würden, da die Wiederherstellung des russischen Wirtschaftslebens von diesen grundsätzlichen Prinzipien der Zivilisation abhängen. Die amtliche Anerkennung der Sowjetregierung durch die britische Regierung dürfe nicht gewährt werden, bevor diese Bedingungen durch die Sowjetregierung erfüllt seien und darum sei es durchaus unerwünscht, daß die Frage weiterer Schritte an die russische Regierung aufgeworfen wird.

Katti als Papstnarr.

D. Rom, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Als ernannter Kandidat für die Nachfolge des verstorbenen Papstes wird Kardinal Katti, Erzbischof von Mailand, genannt.

Um das Steuereinkommen.

Eine Zwangsanleihe von 40 Milliarden. —

Bericht auf das zweite Drittel des Reichsmotopfers.

W. T. B. Berlin, 25. Jan. (Drahtbericht.) Die bürgerlichen Parteien des Reichstags, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten, trafen im Reichstag zu einer Besprechung des Steuereinkommens zusammen. An den Besprechungen nahmen wieder der Reichsminister, Minister Hermes und Dr. Rathenau teil. Das Ergebnis der Besprechung war, daß eine einmalige Zwangsanleihe im begrenzten Betrage von 40 Milliarden Papiermark zur Deckung des Etats für 1922 erhoben und auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsmotopfers verzichtet wird. Die Zwangsanleihe soll in enge Verbindung mit den Steuereinkünften gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen. Die Entscheidung liegt zunächst bei den einzelnen Fraktionen, die heute nachmittag zusammenzutreten werden. Um 5 Uhr werden die interfraktionellen Besprechungen wieder aufgenommen, um wenn irgend möglich auf dieser Grundlage noch heute das Steuereinkommen fertigzustellen.

Beratungen der Zentralkommission für Gliederung des Reiches.

Br. Berlin, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Zentralkommission für Gliederung des Reiches hat in ihrer Vollversammlung am 24. Januar zu den Fragen Groß-Hamburg, Waldersee-Barmstedt und Hohenollersee Stellung genommen. Die Zentralkommission stimmt der Angliederung von Barmstedt an Preußen zu. Sie rät dem Reichsminister des Innern unter Anhörung der Waldersee-Barmstedter Verhandlungen wegen einer Vereinigung Waldersee mit Preußen herbeizuführen. Zur Frage Groß-Hamburg hat die Zentralkommission ein Gutachten abgegeben. Nach Lage der augenblicklichen besonderen Verhältnisse sei eine Änderung der preussisch-hamburgischen Grenzen gegen den Willen der beiden Länder und der Bevölkerung der beteiligten Provinzen unerwünscht und kaum durchführbar.

Tagung des Vorstands des Städtetags.

W. T. B. Breslau, 24. Jan. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat gestern behufs Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Städte und ihrer Vertreter sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und dem Reichstag gegenüber einen Ausschuss gebildet, der aus den Oberbürgermeistern von Berlin, Hannover, Köln, Bielefeld, Dresden, Glatz, Darmstadt, Lüneburg und Münster, früher in Bromberg, besteht. In Übereinstimmung mit dem von dem Wohnungsausschuss des Reichstages beschlossenen Beschlusse der Erhöhung der Reichsmotopferumlage auf 100 Prozent der Friedensumlage für unermesslich. Ferner wurde zum Beamteneinkommen und Arbeitsnachweisesetz Stellung genommen und über die Vorarbeiten zur Gründung eines National-Beamteneinkommensverbandes der Stadtgemeinden Mitteilung gemacht.

Das Ultimatum der deutschen Eisenbahnbeamten.

Br. Berlin, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Zu den verschiedenen Gerüchten über ein Ultimatum der Berliner Eisenbahnbeamten an die Regierung wird der „B. Z.“ mitteilt, daß es sich um einen Beschluss von 150 Vertretern des etwa 5000 Mitglieder zählenden nichttechnischen Eisenbahnbeamtenverbandes handelt. Dieser Beschluss lautet: In Anbetracht der jetzt herrschenden und nach zu erwartenden Teuerung müssen die neuen Besoldungsansprüche als durchaus unzureichend abgelehnt werden. Die Mitglieder fordern die Durchführung der am 3. Dez. 1921 gestellten Mindestforderungen mit der letzten gewerkschaftlichen Mittel. Bei Ablehnung der Aktion durch die deutschen Beamtenbund wird die Reichsgewerkschaft die deutschen Eisenbahnbeamten und -angehörigen auffordern, ohne Rücksicht auf eine Sonderaktion einzutreten. Auf Grund dieses Beschlusses wird sich die Vertretung der Berliner Eisenbahnbeamten nunmehr mit dem Beamtenbund ins Einvernehmen setzen.

Die Verwendung deutscher Arbeiter zum Wiederaufbau Frankreichs.

W. T. B. Paris, 25. Jan. Der Aktionsausschuss für die verwüsteten Gebiete, dem eine Reihe von linksstehenden Abgeordneten aus den zerstörten Gebieten angehört, hat eine Tagesordnung angenommen, in der er feststellt, daß die im Budget vorgesehene Summe den Bedürfnissen der Geschädigten nicht entspreche und daß im Jahre 1922 der Wiederaufbau in ebenso beschränktem Maße fortgeschreite und ebenso ungewiss sein werde wie vorher. Deutschland müsse in kürzester Frist veranlaßt werden, Material und Arbeitskräfte zu stellen. Seit der Sozialistenkonferenz von Frankfurt müßten die Behörden, daß die deutschen Arbeiter in der Form von Gilden am Wiederaufbau mitwirken wollten, die immer zu niedrigeren Preisen arbeiteten als die Privatunternehmungen. Der Ausschuss wird eine Unterredung mit dem Minister für die zerstörten Gebiete, Kappel, verlangen, um ihm zu beweisen, daß außer den privaten Interessen nichts der Einrichtung der Gilden in den zerstörten Departements entgegenstehe.

Eine Denkschrift des Reichspostministeriums.

Br. Berlin, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht). Als einst Herr Roddiest zum Reichspostminister ernannt wurde, fragte sich alle Welt: „Was soll ein Reitergeneral vom Postwesen verstehen?“ Allein siehe da, Herr Roddiest war ein sehr energischer Mann und machte seine Sache sehr gut. Als Herr Giesberts, ein Mann aus dem werktätigen Leben, Reichspostminister wurde, da fragte niemand, ob er wohl zu seinem Amte auch genügend Verstand mitbringen würde. Dafür hat er auch keine Sache erheblich weniger gut gemacht. Er fühlt sich jetzt veranlaßt, in seiner Denkschrift mit dem ansehnlichen Titel „Zwei Jahre Wiederbau des Reichspostministeriums“ abzulegen. Wenn er an die Spitze der Verwaltung stellt, daß die Einführung des Achtkundentages eine Herabsetzung des Leistungsmahes brachte, gleichzeitig aber auch einen Mehrbedarf von 62 000 Kräften, so sollte man eigentlich meinen, daß durch diese gewaltige Zahl von neuen Kräften die Post auf der Höhe ihrer alten Leistungsfähigkeit trotzdem hätte erhalten bleiben müssen. Leider aber weiß man zur Genüge, daß von ihr heute das Motto von dem Rätinler Landsturm gilt. Gewiss mag man gerechnet werden, daß der Verkehr eine gewaltige Steigerung erfahren hat — was man aber heute von der Postverwaltung weiß, ist nur die eine Tatsache, daß sie immer noch eine Übersahl von Hilfskräften behält, daß die berühmte fünftägige Krankheitsfrist immer noch in voller Blüte steht und daß die immer mehrgehenden Tarifserhöhungen langsam den Verkehr abdrücken. Das ist Herr Giesberts „Wiederbau“. Daraus ändert diese Denkschrift nichts und wie wir fürchten, auch nicht seine Vorlesungen.

Im einzelnen geht aus der Denkschrift folgendes hervor: Die Vermehrung der bei der Post beschäftigten Kräfte ist sehr groß. Allein die Einführung des Achtkundentages erfordert die Einstellung von 62 000 neuen Kräften, was einer Vermehrung von etwa 23 Prozent des Personalbestandes vom Jahre 1913 entspricht. Auch der Postverkehr sowie die Verkehrsleistungen im Telegraphen- und Fernsprechnetz machte eine Einstellung von insgesamt 41 200 Kräften erforderlich. Aus den an Polen abgetretenen Gebieten mußten 13 000 Beamte im Reichspostbetrieb untergebracht werden. Die Hilfskräfte, die bei dem Abbruch des vergangenen Jahres aus ihrer Tätigkeit bei der Post wieder ausschieden, umfassen etwa 12 000 Köpfe. Man rechnet damit, daß sich die an der Post beschäftigten Hilfskräfte demnächst um weitere 10 000 verringern werden. Sehr eingeschränkt worden sind die Postverbindungen auf dem flachen Lande. Auch die Zahl der Postanstalten ist vermindert worden. 42 Kreispostämter in verschiedenen Städten wurden aufgehoben. Seit Oktober 1920 sind 336 Postagenturen in Posthilfsstellen umgewandelt worden. Die neuangeordneten Kraftwagenpostlinien betragen 715 Verlonen-einheiten auf 445 Linien. Die Verlonenbeförderungseinheiten hieraus wird für 1921 auf 30 Millionen Mark bezuschlagt. Die in Betrieb befindlichen 14 Flugpostlinien umfassen eine Ausdehnung von 5048 Kilometern. Der internationale Postverkehr ist mit allen europäischen Ländern wieder aufgenommen worden. Eine bedeutende Zunahme hat der Fernsprechnetzverkehr zu verzeichnen. Der Fernsprechnetzverkehr ist entsprechend gewachsen. Seit Anfang 1920 sind auf dem flachen Lande 1200 neue Telephonstellen mit Fernsprechnetz eingerichtet worden. Bei 43 großen Fernsprechnetzen sind seit 1920 rund 80 000 neue Anschlußmöglichkeiten geschaffen worden.

Die Konferenz Lord Curzons mit Poincaré.

D. Paris, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht). Wie der „Temps“ erzählt, wird an der geplanten Konferenz in Paris Lord Curzon und Poincaré und voraussichtlich auch der italienische Außenminister teilnehmen.

W. T. B. London, 25. Jan. (Drahtbericht). Der Konferenz: Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Probleme des nahen Ostens sind so weit vorgeschritten, daß Lord Curzon eine Note unterbreitete, in der die Bedingungen Großbritanniens auseinandergesetzt werden. Es verlautet, daß die Räumung Smyrnas zugestanden werde unter anderen Umständen für die griechische Minderheit, darunter insbesondere die Ernennung eines griechischen Generalgouverneurs und eine Abänderung der Grenzen Thrakiens, die, wie vorgeschlagen wird, etwas südlich von Midia am Schwarzen Meer beginnen, über Thessalon verlaufen und bei Rodosto am Marmarameer enden sollen. Die Grenze wird jedoch sowohl in französischen wie in türkischen Kreisen als strategisch und als von dem Wunsch eingegeben angesehen, die Eigenliebe der Griechen nicht zu verletzen. Man hofft nunmehr, daß die Grenze so abgeändert wird, daß sie auch die Dardanellen umfaßt mit einem Reime für Westbrasilien nach Abhaltung einer Volksabstimmung. Das türkische Kabinett hofft, bald konkrete Vorschläge unterbreiten zu können, die nicht nur annehmbar sind, sondern auch die Grundlage für ein Einvernehmen mit den gemäßigten Elementen in Ankara bedeuten werden, wo in der letzten Zeit eine ernliche Spaltung entstanden und die distinktionale Haltung Mustafa Kemal-Baichas auf starken Widerstand gestoßen ist.

(18. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

In der Nacht.

Roman von E. v. Kraak.

Das sollte keine Anklage sein, sondern aus dem Munde des jungen Mädchens ein Beweis vollsten Vertrauens. Aber es war eine schwer belastende Aussage gewesen.

Und immer noch war kein anderer Verdächtiger in Sicht.

Eiderts Gedanken wandten sich dem Österreicher mit dem charakteristischen schönen Adonisopf zu.

Konnte er es verantworten, ihn in die Liste der Verdächtigen aufzunehmen? Nein, er mußte zugeben, daß einstweilen nicht der leiseste Grund dazu vorlag. Freilich, die Diamanten hatte er an jenem letzten Lebenstage der Frau Arnhold gesehen, aber dann hatte Heinrich ihn hinausbegleitet und Gartentor und Haustür hinter ihm abgeschlossen. Außerdem machte er seiner ganzen Persönlichkeit nach nicht den Eindruck, als ob er einer so fähigen Tat fähig wäre. Unzuverlässig und leichtsinnig war er ohne Zweifel, aber dabei weidlich — ja, fast weiblich, und vor allen Dingen seinem ganzen Auftreten nach ein wohlhabender, wenn nicht gar reicher Mann aus den besten Gesellschaftskreisen.

Selbst im Bette konnte er nicht zur Ruhe kommen. Der rätselhafte „Fall“ ließ ihn nicht los. Eine Zeitslang überlegte er eingehend, ob er vielleicht Fräulein von Seehelm in das Verzeichnis der in Frage kommenden Personen aufnehmen müsse. Aber es schien ihm alles dagegen zu sprechen. Wie hätte ein junges Mädchen von ihrer Art und Erziehung dazu kommen sollen, ein so schändliches Verbrechen an ihrer Wohlfäterin und deren Erben zu begehen? Daß sie von Frau Arnhold glänzend gestellt, wenn nicht gar zu ihrer Universalerbin ernannt werden würde, war doch als sicher vorausgesehen gewesen. Die Bedingungen

Gegen die Beteiligung Amerikas an der Konferenz von Genua.

W. T. B. London, 25. Jan. „Daily Mail“ meldet aus London, das Washingtoner Kabinett sei zu dem Schluß gekommen, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Wirtschaft- und Finanzkonferenz in Genua am 6. März unter den bestehenden Umständen keinen nützlichen Zweck haben könne. Präsident Harding würde persönlich eine Ausnahme in Genua vertreten, wenn irgend eine Aussicht bestünde, daß die Konferenz zu guten Ergebnissen führe. Handelssekretär Hoover und Staatssekretär Mellon teilten die Ansicht des Präsidenten, der verschiedene Konferenzen über die Frage mit Staatssekretär Hughes und Senator Lodge gehabt habe. Das Ergebnis der Konferenzen sei die Mitteilung, daß die Konferenzteilnehmer gegen eine Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua seien.

1. Russland hat bereit erklärt, den größten Teil des roten Heeres zu entlassen und wirkliche Zusicherungen seiner Fähigkeit und Entschlossenheit abzugeben, für eine stabile Regierung zu sorgen.

2. Frankreich sein Heer auf seine Friedensstärke herabsetzen und sein Budget, das jetzt mit Kürzungen schwer belastet ist, ins Gleichgewicht bringen.

Sehr stark soll sich Hughes der Beteiligung Amerikas an der Konferenz in Genua widersetzen. Er sei der Ansicht, die Konferenz könne, solange der Geist der französischen Politik keine Änderung erfahre, die wirtschaftlichen Probleme, die auf Europa und der Welt lasteten, nur vollständig in Angriff zu nehmen.

W. T. B. London, 25. Jan. (Drahtbericht). „Daily Mail“ weist auf die vor kurzem von Traktat abgegebenen Erklärungen hin, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua von vitaler Bedeutung sei.

Die Washingtoner Konferenz zum russischen Problem.

Hm. Washington, 25. Jan. (Savoy). In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für den Fernen Osten brachte die amerikanische Abordnung in Beantwortung der Erklärung der japanischen Abordnung eine Entschliessung ein, in der sie erklärt, von der Stillenabnahme Japans Kenntnis zu nehmen, aber hinzufügt, die beste Politik der fremden Nationen in Russland liege die militärische Räumung und die Aufhebung jeder privilegierten militärischen Ausbeutung der besetzten Gebiete. Darauf wurde die Annahme des amerikanischen Vorschlages beschlossen. Der Vertreter Frankreichs, Sarraut, stimmte dem zu, Frankreich als ältester Verbündeter Russlands, wolle hier, ähnlich den Vertretern der übrigen Alliierten, seine Absicht wiederholen, die Integrität Russlands selbst zu achten und sie zu bewachen zu lassen, sowie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Er wies auf die früher zwischen Frankreich und Russland bestehende Freundschaft hin, die Frankreich treu bleibe. Russland sei Frankreichs Freund von der ersten Stunde an gewesen und habe sein Wort gehalten bis zu dem Tage, wo das Bündnis unter den bekannten Umständen verraten worden sei. Frankreich bewahre immer noch die Hoffnung, daß der Tag kommen werde, wo Russland unter einer normalen Regierung vorantreten und seine Bestimmungen erfüllen werde. Dann werde es glücklich sein, das Erbe, das von den Alliierten in loyaler Ehrlichkeit bewahrt wurde, noch unverletzt zu finden. Die Entschliessung wurde darauf einstimmig angenommen und kann nunmehr mit der Erklärung Japans dem Senat vorgelegt werden.

Amerika gegen die Anerkennung Sowjetrußlands.

W. T. B. London, 25. Jan. (Drahtbericht). Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt: Amerika widersehe sich der Anerkennung der Sowjetregierung. Man sei der Ansicht, Russland habe in Genua nichts zu bieten. Die Herrschaft Lenins, Trozks und des roten Heeres haben Russland in keine ansehnliche Lage gebracht, und es könne nur eine Vermehrung des russischen Elends erwartet werden, so lange die Bolschewiken und das russische rote Heer die Lage kontrollierten.

Vor dem Rücktritt Schobers.

D. Wien, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht). Gestern Abend fand eine Beratung der Großdeutschen Volkspartei statt, in der festgestellt wurde, daß Schober unbedingt zurücktreten müßte. Der Bundeskanzler wird bereits morgen nach Annahme des Brager Vertrages dem Bundespräsidenten Hainisch die Demission des Kabinetts überreichen und dann einen dreimonatigen Urlaub antreten, den er auf seinem Gute in Oberösterreich verbringen wird. Der Bundeskanzler soll auch nicht mehr das Amt des Präsidenten der Wiener Polizei übernehmen. Die Christlich-Sozialen bemühten sich gestern vergebens, auf die Großdeutschen einzuwirken, daß sie den Bundeskanzler zum Bleiben perspektivierten. Als kommender Mann wird der Christlich-Soziale Dr. Maier angesehen.

des provisorischen Testaments, die er durch Elsborg kennengelernt hatte, liegen ja auch deutlich erkennen, daß die Verstorbene ihre Zukunft auch dann, wenn sie gegen ihren Wunsch und Willen heiratete, in größtmöglicher Weise zu sichern gedachte. Es lag für sie also keinerlei Grund dazu vor, ihre ganze Existenz durch eine so unerhört gewagte Tat aufs Spiel zu setzen.

Die Nacht wollte kein Ende nehmen, und das erste, fahle Tageslicht flackte bereits durch sein unterhänges Schlafstübchen herein, als Eider endlich in tiefen, unruhigen Schlaf versank, aus dem er gerade noch zur rechten Zeit erwachte, um seiner Verabredung gemäß um neun Uhr in der Villa Arnhold einzutreffen.

Inge empfing ihn wieder in der Bibliothek, deren weitgeöffnete Fenster einen erquickenden Ausblick in den schattigsten Teil des Parks gewährten.

Die Nachricht von Fräulein Larssens plötzlicher Abreise hat mich sehr überrascht, gnädiges Fräulein“, begann der Detektiv, als sie Platz genommen hatten, ohne alle Umschweife. „Ist es schon öfters vorgekommen, daß Sie auf so unvorhergesehene Weise verreisen?“

„Nein, im Gegenteil, Sie war eigentlich nie fort“, erwiderte Inge. „Ich weiß auch wirklich nicht, wie meine Tante ohne sie hätte fertig werden sollen. Sie hatte eine so große Korrespondenz — übte eine verschwiegene und doch so überaus großmütige und weitreichende Wohltätigkeit aus, und dabei war Leonie immer ihre rechte Hand.“

„Frau Arnhold muß doch über die Privatverhältnisse ihrer Sekretärin Bescheid gewußt haben, denn Sie nahm doch sozusagen nach allem, was ich höre, eine Vertrauensstellung bei ihr ein. Hat Sie sich Ihnen gegenüber nie darüber geäußert?“

„Einmal sagte sie, die arme Leonie hätte viel Schweres durchgemacht und wir müßten deshalb doppelt gut und freundlich gegen sie sein.“

Wiesbadener Nachrichten.

Erhöhung der Umsatzsteuer.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919, wird, wie aus Berlin berichtet wird, voraussichtlich noch im Monat Januar 1922 als Gesetz verabschiedet werden und mit Wirkung vom 1. Januar 1922 in Kraft treten. Die wichtige Änderung besteht in einer Erhöhung des bisherigen Steuersatzes von 1,5 Prozent. Während der Entwurf seine Erhöhung auf 3 Prozent vorsah, hat der 11. Ausschuss des Reichstags in 1. Lesung den Satz auf 2 Prozent festgelegt. Die Reichsregierung ist jedoch demüht, eine Erhöhung auf 2 1/2 Prozent durchzuführen. Die Steuerpflichtigen müssen also schon vom 1. Januar 1922 ab mit einer Erhöhung der Steuer auf 2 oder 2 1/2 Prozent rechnen.

Für den deutschen Außenhandel ist die Neuregelung der Umsatzbesteuerung bei Einfuhr und Ausfuhr von Bedeutung. Die bisherige allgemeine Befreiung der Lieferung in das Ausland und das Vergütungsloftem zugunsten des Ausfuhrhändlers kommen in Kraft. Künftig sind nur noch, und zwar mit gewissen Einschränkungen, die Lieferungen des Ausfuhrhändlers, nicht aber auch der Fabrikanten, in das Ausland steuerfrei. Eine Vergütung an den Ausfuhrhändler ist nur noch für die Fälle vorgesehen, in denen es sich um die Lieferung luxussteuerpflichtiger Gegenstände in das Ausland handelt.

Die Einfuhr bleibt, wie bisher, umsatzsteuerfrei. Die Steuer wird aber, im Gegensatz zum jetzigen Recht, schon den ersten Umlauf nach der Einfuhr erheben, sofern es sich nicht um bestimmte, in einer Freiliste aufgeführte Waren handelt, bei denen die Erhaltung eines starken deutschen Einfuhrhändlerstandes im Interesse der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen wichtigen Erzeugnissen liegt.

Die nach den bisherigen Bestimmungen vorgesehene Vergütung an Gewerbetreibende, die Orchesterinstrumente und Klavierinstrumente gebrauchen (Gastwirte, Schausteller) und an Gewerbetreibende, die Automobile und Kraftwagen haben, hat dazu geführt, daß diese Gegenstände fast sämtlich der Luxussteuer entgehen. Vor allem bei Automobilen hat sich herausgestellt, daß sie kaum je als Privatfahrzeuge geführt werden, sondern daß sie stets als dem Geschäft des Käufers dienende Sachen nachgewiesen wurden. Trotzdem werden sie, wie das Straßenbild zeigt, in nicht geringem Umlauf für Vergnügungszwecke verwandt. Nach der Novelle wird die Vergütung an Gewerbetreibende für Orchesterinstrumente und Klavierinstrumente ganz in Kraft kommen und für Automobile und Kraftwagen insofern, als die Fahrzeuge nicht zur Ausübung des Fuhrpaltgewerbes angeschafft sind. Die Ausgestaltung der nach dem Entwurf vorgesehene Gaststättensteuer steht noch nicht fest. Hierfür soll nach Verabschiedung der Novelle gegebenenfalls zurückgekommen werden. Darüber, daß die Novelle schließlich noch Vorschriften über vierteljährliche Vorauszahlungen der erzielten Umlöse und entsprechende Vorauszahlungen enthalten wird, ist bereits vor kurzem berichtet worden.

Wiesbaden als Kongressstadt. Der Verbandstag der „Hotelbesitzervereine Deutschlands“ wird am 15. und 16. März d. J. in Wiesbaden abgehalten werden. Man rechnet in Hotelkreisen mit 5 bis 600 Teilnehmern.

Zum Verbot der Regimentsvereine im besetzten Gebiet. Von zuständiger Seite wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Es besteht noch vielfach Unklarheit darüber, welche Bedeutung dem Verbot der Rheinlandschmittbezeugen ist, nach dem die sogenannten Regimentsvereine im besetzten Gebiet verboten sind. Durch dieses Verbot werden nur die eigentlichen „Regimentsvereine“ betroffen, d. h. solche Vereinigungen, die aus den ehemaligen Angehörigen eines bestimmten militärischen Truppenteils bestehen, gleichgültig, ob es sich um Vereinigungen von Offizieren oder Mannschaften handelt. Verboten sind demnach z. B. die Offiziersvereine des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 1 oder der Verein der ehemaligen Ker in D. Diese Vereine sind als aufgelöst zu betrachten. Es ist verboten, im besetzten Gebiet an einer Versammlung eines solchen Vereins teilzunehmen oder im besetzten Gebiet zur Fortführung seiner Tätigkeit irgendwie beizutragen. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob der Verein selbst seinen Sitz im besetzten Gebiet oder im unbesetzten Gebiet hat. Es ist daher im besetzten Gebiet verboten, Mitglied irgend eines in Deutschland bestehenden Regimentsvereins zu sein oder Beiträge für die Vereinskasse zu zahlen, oder Aufträge für das Nachrichtenblatt des Vereins zu verfallen. Das Verbot erstreckt sich dagegen nicht auf die allgemeinen Kriegervereine oder auf die allgemeinen Artillerie-, Kavallerie- oder sonstigen Vereine, bei denen die Mitgliedschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Regiment abhängig gemacht wird. Diesen Vereinen ist es jedoch nach Artikel 1 der Verordnung 65 verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen oder unmittelbar oder mittelbar mit dem Kriegsministerium, mit der Armee oder mit

„Aber über die Art dieser schweren Erlebnisse äußerte sie sich nicht?“

„Nein, kein Wort, und nach jener einen Andeutung ging sie so rasch zu einem anderen Thema über, daß ich zu verstehen glaubte, sie wollte nicht danach gefragt werden.“

„Was für eine Adresse hat Fräulein Larssen hinterlassen?“

„Gar keine. Sie wollte mir von Berlin aus eine Karte schreiben, weil sie noch nicht wußte, wo sie absteigen würde.“

Eider schwieg einen Augenblick. Dann blühte er Inge gerade in die Augen und sagte:

„Fräulein von Seehelm, haben Sie Vertrauen zu mir?“

Inge errötete und starrte ihn überrascht und fast erschrocken an.

„Aber... natürlich...“ stammelte sie befangen.

„Wie kommen Sie auf den Gedanken?“

„Weil ich ein Anfinnen an Sie stellen muß, das Ihnen indiskret und vielleicht sogar unartig vorkommen wird. Ich muß unbedingt versuchen, mir irgendwelche Aufklärung über Fräulein Larssens Persönlichkeit und Privatverhältnisse — oder sagen wir getadelt — Vergangenheit zu verschaffen“, sagte der Detektiv in entschlossenem Tone.

„Herr Eider, Sie glauben doch wohl nichts Böses von Leonie?“

„Wie ich Ihnen schon einmal sagte, glaube ich gar nichts“, fiel er ihr lebhaft ins Wort. „Die Tatsachen sprechen jedoch so energisch gegen die Schuldlosigkeit der jungen Dame, daß ich es nicht allein der Sache, sondern auch ihr selbst schuldig bin, dem Verdacht aufs gründlichste nachzugehen, um ihn dadurch hoffentlich ein für allemal zu beseitigen.“

„Was sind das für Tatsachen? ... Wie können Sie so etwas sagen!“ rief Inge mit blühenden Augen. „Leonie ist ganz gewiß ebenso unschuldig an diesem schrecklichen Diebstahl wie ich selbst!“

Kont. 12

irgend einer militärischen Behörde in Verbindung zu stehen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß das belgische Militärgericht in Aachen die Ansicht vertreten hat, daß schon in der bloßen Aushörung des Verdachtgedankens ein Befassen mit militärischen Dingen zu erblicken ist.

— **Der Preis für ausländischen Weizen.** Aus dem Landkreise Wiesbaden wird uns berichtet: Der Kommunalverband veröffentlicht eine Bekanntmachung der Reichsgetreidestelle, wonach der Preis für ausländischen Weizen, der der Berechnung des Geldwertes bei nicht rechtzeitiger Erfüllung der Getreideumlage zugrunde gelegt wird, für den Monat November und Dezember auf 12000 M. die Tonne (1000 Kilogramm) festgesetzt ist. Landwirte, die ihrer Umlagepflicht zu dem Ablieferungsstermin am 15. Dezember nicht nachgekommen sind, haben für den Zentner Getreide 600 M. ohne die Zuschläge, zu zahlen.

— **Der Eisenbahngütertarif.** Der am 1. Februar in Kraft tretende Eisenbahngütertarif läßt den für die erste Zone (50 Kilometer) in der untersten (10 Kilogramm) Gewichtskategorie eingeführten Tarif (3 M.) bestehen, steigert ihn aber in der zweiten Gewichtskategorie (bis 20 Kilogramm) auf 4.50 (bisher 3 M.), in der dritten Stufe (bis 30 Kilogramm) auf 6 (4.50) M., bis 40 Kilogramm kosten künftig in der ersten Zone 8 M., bis 50 Kilogramm 9.50 M., bis 60 Kilogramm 12 M., bis 70 Kilogramm 14 M., bis 80 Kilogramm 15 M., bis 90 Kilogramm 17 M. und bis 100 Kilogramm 19 M. Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt 50 Prozent. In der ersten Gewichtskategorie steigen dann die neuen Sätze von 3 in der ersten Zone auf 4.50 M. in der zweiten Zone (bis 100 Kilometer gegen 3 M. heutiger Frachtsatz), auf 7 M. in der dritten Zone (Entfernungen von 800 Kilometern und darüber), in der der Satz für die erste Gewichtskategorie bisher 2.5 M. betrug. Die Erhöhung beträgt also auch hier rund 50 Prozent. Die Beförderung von 100 Kilogramm Gepäck wird sich bei Entfernungen bis zu 100 Kilometer auf 37 M., bei 150 Kilometer auf 55 M., bei Entfernungen bis 200 Kilometer auf 73 M., bei Entfernungen bis zu 250 Kilometer auf 91 M., bei Entfernungen bis zu 300 Kilometer auf 109 M., bei Entfernungen bis zu 350 Kilometer auf 127 M., bei Entfernungen bis zu 400 Kilometer auf 145 M., bei Entfernungen bis zu 450 Kilometer auf 163 M. u. w., bei Entfernungen von mehr als 800 Kilometer auf 261 M. stellen. Der Preis für die Fahrkarten wird auf 3 M. erhöht.

— **Eine Bürgermeisterversammlung.** Der Bürgermeister des Landkreises Wiesbaden hielt im Restaurant „Sonnenberg“ in Schierstein wiederum eine Versammlung ab, wie dies schon seit einiger Zeit abwechselnd in den verschiedenen Orten unserer Umgebung geschieht. Die Verhandlung der Bürgermeisterversammlung (Dokumente) leitete, beauftragte sich mit der wirtschaftlichen Lage der Bürgermeister sowie allgemeinen Fragen, an welchen die Gemeinden und Körperschaften des Landkreises Wiesbaden ein gemeinsames Interesse haben.

— **Von der Fischerei.** Für die amerikanische, belgische und britische Zone, sowie für die Zone eines jeden französischen Armeekorps ist von den Befehlshabern je ein Fischereioffizier ernannt worden, um mit den deutschen Behörden über Fischereiangelegenheiten zu verhandeln. Für jede dieser Zonen haben die deutschen Behörden ihrerseits auf Empfehlung der H. C. I. R. einen Sachverständigen ernannt, der die bei der betreffenden militärischen Befehlshaber beauftragt, ihr alle notwendigen Auskünfte erteilt und außerdem ist, die Fischereifragen in seiner Zone zu erörtern und zu regeln. In dem befehlten Teil des Regierungsbereichs Wiesbaden ist als Sachverständiger Beauftragter in Fischereifragen der Oberförstermeister Regierungsrat Kuntel in Wiesbaden ernannt worden.

— **Der organisierte Einzelhandel.** Der Verbandsausschuß des Einzelhandelsverbands für das besetzte Gebiet Rheinlands hielt am Freitag, den 20. d. M., in der Verbandsgaststätte, Köln, Apostelstraße 19, unter Leitung des Vorsitzenden, Kaufmann von Norden (Köln), eine aus allen Teilen des Verbandsgebietes besuchte Sitzung ab. Aus dem vom Geschäftsführer, Konrad Dr. Müller (Köln), erhaltenen Jahresbericht ging hervor, daß der Verband, der der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels angeschlossen ist, trotz der kurzen Zeit seines Bestehens an den wichtigsten Plänen des besetzten Rheinlands Gebietes festen Fuß gefaßt und eine umfangreiche, nicht ohne Erfolg geführte Tätigkeit für den selbständigen Einzelhandel geleistet hat. Zum Schluß beauftragte der Verbandsausschuß noch mit der Preisgestaltung im Einzelhandel, der Umwälzung, der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung gewerblicher Räume und anderen aktuellen Fragen des Einzelhandels.

— **Krähenvertilgung.** Durch Verfügung des Landrats ist eine allgemeine Vertilgung der Krähen mittels Gift angeordnet worden. Die Vertilgung, die durch bestimmte Personen ausgeführt wird, geschieht durch Auslegung von Giftbroden. Die verendeten Krähen werden gesammelt und tief begraben.

Aus dem Vereinsleben

Am 21. Januar, abends 7 Uhr, hatte die Heilige „Hilberts-Sammlung“ ihre Mitglieder sowie Freunde und Gönner zu einem großen Familienabend ins Zentrum in der Beilmundstraße eingeladen. Der ständige Vorstand hatte unter Zugabe des Wiesbadener Dilettantenvereins und des Männergesangsvereins „Sängerlust“ versucht, den Abend zu einem geglückten zu gestalten, was denn auch voll und ganz gelang. Der Dilettantenverein, ein auf dem Gebiete der Theaterkunst hinlänglich bekannter Verein, entfaltete sich seiner Aufgabe in der besten Weise. Das

Männerquartett „Sängerlust“ hat unter der Leitung seines neuen Chorleiters Herrn Konrad Dr. Müller im letzten Jahr ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Schöne Chorstücke zeigten von fleißigem Studium und ließen nichts zu wünschen übrig. Ein flotter Ball beschloß die in allen Teilen wohlgegangene Feier.

Der Männergesangsverein „Hilberts“ hielt am 21. Januar seine Jahresversammlung ab, welche gut besucht war. Aus dem Bericht des Schriftführers sowie des Kassierers war zu ersehen, daß der Verein im vergangenen Vereinsjahr gute Fortschritte gemacht hatte. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorst. H. Volkmann, 2. Vorst. J. Schwarz, 1. Schriftf. J. Hilg, 2. Schriftf. Ph. Müller, 1. Kassierer W. Beder, 2. Kassierer H. Bernhardt, Obmann W. Contab, Beisitzer Lorenz Vech und H. Ohlenhäger. Die Vergütungskommission setzt sich zusammen aus den Herren W. Contab sen., Ohmann, sowie H. Erpf, H. Beder, G. v. Hein jun. Die nächste Generalprobe findet am Samstag, den 28. Januar, im Vereinslokal statt.

Die diesjährige Jahresversammlung des Männerquartetts „Sängerlust“ fand am 21. Januar statt. Der vom 1. Vorsitzenden Herrn K. Schmidt erstattete Jahresbericht gab ein erfreuliches Bild von der Entwicklung des Quartetts im abgelaufenen 20. Vereinsjahr. Es war ein Jahrgang von 44 Mitgliedern, so daß die Zahl jetzt 121 beträgt. Unter der ausgezeichneten Leitung des Chorleiters Herrn W. Müller, Assistenten der Quartettleitung des Männergesangsvereins Herrn K. Schmidt, hat der Quartett von allen Veranstaltungen sein Können bewiesen. Die Reueverhältnisse sind gute. Die einstimmige Vorstandswahl ergab: Karl Schmidt 1. Vorst., Jean Brill 2. Vorst., H. Weiß 1. Kassierer, H. Schmidt 2. Kassierer, R. Koch 1. Schriftf., K. Schmidt 2. Schriftf., J. Zimmer Notendirektor, Hr. W. Müller, Rob. Vech und K. Schiller Beisitzer. Vergütungskommission: Hr. Reinhardt, K. Wirth, Hr. Vertina, G. Heimer, Hahnentzette: Hr. Jahn, K. W. Müller, Hr. Reinhardt. Die Rechnungsprüfer sind die Herren K. Zimmer und W. Müller.

Die nächste Probe des Männergesangsvereins „Concordia“ findet morgen Freitagabend 8½ Uhr im Vereinslokal statt. Darnach anschließend Aussprache über wichtige Vereinsangelegenheiten, die das Erscheinen sämtlicher aktiver Mitglieder notwendig macht.

Ein buntes Abend mit Tanz veranstaltet die Privatgesellschaft „Siegfried 1907“ am Samstag, den 28. Januar, im großen Saale des Turnvereins (Beilmundstraße 25).

Die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei hält am Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in der Geschäftsstelle (Friedrichstraße 9, 1) eine Versammlung ab.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Wiesbadener Volkshochschule.

Am Samstag, 25. Jan. Der Volkshochschulpräsident geminnt auch in der Umgebung von Wiesbaden immer mehr an Ausdehnung und ist auch in Ransbach durchgeführt worden. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft steht hier bevor, für die sich Herr Studientrat Dr. Dürr in Sonnenberg zur Verfügung stellt hat und das Thema „Die Fortpflanzung und Vererbung von Pflanzen, Tieren und Menschen“ behandeln wird. Herr Dr. Dürr dürfte auch hier mit diesem Thema dieselbe große Interesse finden, das ihm im vergangenen Jahr in der Arbeitsgemeinschaft Sonnenberg entgegengebracht wurde. Der erste Vortragsabend, zu dem jedermann noch freien Zutritt hat, findet am Donnerstag, den 26. Jan., abends 8 Uhr, im Goshaus „Zum Tannus“ statt. Die nächsten Vortragsabende werden in der Schule stattfinden.

Ein mehrfacher Mörder.

W. Darmstadt, 25. Jan. Der im hiesigen Untersuchungsgefängnis sitzende Raubmörder Vollp, der des Mordes an dem Knecht Reim in Wiesbaden überführt ist, wird auf Veranlassung des Münchener Volksgerichts in Kürze nach München transportiert werden, da er im Jahre 1920 bei München auch einen Mord begangen und verurteilt worden ist.

Reine Schulkorrektur am Gemeindevorstand in Johannsburg. Spd. Johannsburg, 24. Jan. Die Erhöhung der Gehälter der Gemeindevorstände wurde vom Gemeinderat unter der Begründung nicht bewilligt, daß die Gemeinde keine Mittel dafür habe und es auch zweifelhaft sei, daß der Staat die Vorhülle bei der Neuordnung der Gehälter dauernd geben könne.

Der Militärtransport der amerikanischen Besatzung.

Spd. Koblenz, 24. Jan. Am 3. Februar verläßt abends ein großer Trupp amerikanischer Soldaten das besetzte Gebiet und kehrt nach der Heimat zurück. Unter den Zurückkehrenden befinden sich auch zahlreiche Offiziere. Am Montagabend trat das amerikanische Bataillon hier wieder ein, das in dem den Besatzungsleistungen des unbekannten italienischen Soldaten beigegeben hatte.

Die Not der Theater.

W. Koblenz, 25. Jan. In den letzten Tagen waren hier Gerüchte hartnäckig im Umlauf, wonach die Stadtverwaltung sich aus Sparmaßnahmetrübungen habe entschließen müssen, den Betrieb des Stadttheaters einzustellen. Rumor ist die „Koblenzer Zeitung“, daß der Betrieb für ein weiteres Jahr gesichert sei.

W. Bielefeld, 24. Jan. Zum Behen der Kottapelle veranstaltete der katholische Männerverein im Saale „Zur Rose“ einen Unterhaltungsabend. Der Besuch war ein recht zufriedenstellender. Einige Mitglieder des hiesigen Musikvereins hatten, wie alle Mitwirkenden, ihre Kunst in den Dienst der guten Sache gestellt. Ein Hohnsoll, Komzet Nr. 2 von Bielefeld, und „Gedichte“ von Gollert eröffnete die Feier. Fräulein Anna Höbel (Septan) trug das Gebet der Elisabeth aus „Tannhäuser“, „Maria Wiegand“ von Roger sowie zwei Lieder von Hermann und Hildegarde vor. Herr Schauspieler Hermann war gerne der Einladung gefolgt und erfreute die Zuhörer mit zwei weiteren Beiträgen. Frau Helles Spinnabend von Burwig und eine lässliche Konzertprobe von Franz v. Suppé, zwei schöne Singstücke, wurden von Tamen des Kath. Laus. Gesangsvereins und Beethovenvereins Wiesbaden ausgeführt. Den Schluß bildete ein Duett „Der geprellte Wirt“ von Dr. Faust. Die Zuhörer schätzte war von den Leistungen sehr befriedigt.

o. Kassel, 25. Jan. Bürgermeister Zerbe hier ist an Stelle des verstorbenen Oligotischrichters Marck zum Oligotischrichter ernannt worden.

Handelsteil.

Berliner Devisenkurse.

W.-T.-B. Berlin, 25. Januar. Drahtliche Auszahlungen für

Holland	7442.55 G. Mk.	7487.45 B. für 100 Gulden
Buenos-Aires	7.52 G.	70.72 B. 1 Peso
Belgien	1598.40 G.	1601.40 B. 100 Franken
Norwegen	318.90 G.	3203.20 B. 100 Kronen
Dänemark	40.850 G.	4098.60 B. 100 Kronen
Schweden	5104.65 G.	5115.15 B. 100 Kronen
Finland	381.0 G.	382.40 B. 100 Fina. Mark
Italien	87.10 G.	875.50 B. 100 Lire
London	867.10 G.	863.50 B. 1 Pfd. Sterling
New-York	202.79 G.	203.21 B. 1 Dollar
Paris	19.580 G.	1659.00 B. 100 Franken
Schweiz	3336.01 G.	304.95 B. 100 Franken
Spanien	502.95 G.	50.3.05 B. 100 Pesetas
Wien O. O.	5.48 G.	5.52 B. 100 Kronen
Prag	330.80 G.	331.40 B. 100 Kronen
Budapest	27.37 G.	27.93 B. 100 Kronen
Polen	— G.	— B. 100 poln. Mark
Bukarest	— G.	— B. 100 Lei
Sofia	128.25 G.	129.15 B. 100 Lei

Industrie und Handel.

Gründung einer Getreide- und Futtermittel-A.G. Die „Deutsche Tageszeitung“ will wissen, daß gegenwärtig in den beteiligten Kreisen ein Plan ausgearbeitet werde, die Reichsgetreidestelle durch eine gemischt-wirtschaftliche Unternehmen auf aktienrechtlicher Grundlage zu ersetzen. Es befindet sich zurzeit eine Getreide- und Futtermittel-A.G. in der Gründung. Wie neuerdings verlautet, handelt es sich jedoch keineswegs um die Umwandlung der Reichsgetreidestelle in eine gemischt-wirtschaftliche Aktiengesellschaft, sondern um eine völlig freie Gründung. Die Gesellschaft wird mit einem Aktienkapital von 25 Mill. M. ausgestattet, und es sind an ihrer Führung der Nationalbank alle am Getreide- und Futtermittelhandel beteiligten Erwerbstätigen, also Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, mitbeteiligt.

Große Neuanlagen im Thyssen-Konzern. Es wurde bereits kürzlich über umfangreiche neue Zechenanlagen der Thyssengruppe berichtet. Jetzt meldet die „Deutsche Bergwerkszeitung“ auch große Erweiterungspläne für die übrigen Thyssenschen Werkanlagen. Danach soll in erster Linie eine gewaltige Neuanlage zur Herstellung elektro-technischer Artikel ins Leben gerufen werden. Die Finanzierung erfolgt durch Bankkredite und durch die Begebung der bekannten Obligationen. Die erforderlichen Mittel werden auf drei Milliarden Mark geschätzt.

Der Robeisenversand betrug im Dezember 177 184 Tonnen gleich 65.49 Proz. der Beteiligung gegen 172 563 Tonnen gleich 63.78 Proz. der Beteiligung im November.

wd. Erhöhung der Margarinepreise. Die Margarinefabriken im Bezirke Cleve haben eine Erhöhung um 1 Mark pro Pfund beschlossen.

wd. Neugründung der Siemens-Werke in der Schweiz. Unter der Firma Siemens-Elektrizitäts-Erzeugung A.-G., Zürich, haben die deutschen Siemens-Werke ihre schweizerische Filiale in eine selbständige Aktiengesellschaft umgewandelt. Zweck ist die Herstellung von Siemens-erzeugnissen aller Art auf elektrischem Gebiet. Das Aktienkapital beträgt 15 Millionen Franken.

wd. Die Zellstoffpreise bleiben im Februar unverändert, jedoch müssen die Käufer die erhöhten Frachten tragen.

Die Umgruppierung der neupolnischen Industrie. Unter Übernahme des polnisch werdenden Teiles der grafisch Schaffgotschen Werke wurde eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma Godulla-A.-G. mit einem Kapital von 40 Mill. Reichsmark gegründet.

Cherry Brandy
Steigerwald
hochwertig!
J. Steigerwald u. Comp. Heilbronn a/N.
fabrik feiner Liköre - Geschäftsgründung 1869.

Vertreter: W. J. Vogelsberger, Wiesbaden.
Herdorstraße 25. Telepho 657.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptgeschäftsführer: H. Petlich

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Petlich; für den Unterhaltungs- und Lokalteil: H. Petlich; für den Anzeigen und Reklamenteil: H. Petlich; für den Anzeigen und Reklamenteil: H. Petlich.

Druck u. Verlag der „Wiesbadener Tagblatt“ in Wiesbaden.
Gesamthaus der Schiffeldung 13 bis 14.

Erbisen-Versteigerung.

Freitag, den 27. Januar 1922, vorm. 10 Uhr, versteigere ich im Zollhafen in Mainz in dem Lager der Mainzer Lagerhaus-Gesellschaft (Aktien-Gesellschaft), am 8 373 S.-G.-B. für Rechn. dessen, den es angeht, 1 Waggon grüne Erbsen = 15708 kg.

Offiziell meistbietend gegen Barzahlung. Treffpunkt der Steiglehaber am Eingange zum Zollhafen.
Gekritus, Gerichtsvollzieher in Mainz.
Franziskanerstraße 2. F200t

Ich halte von jetzt ab Sprechstunden wochentags von 2½—4 Uhr, Wilhelmstr. 8, Gartenhaus links.
Dr. Dahlhaus,
Facharzt für innere Krankheiten, früh. langjahr. Chefarzt a. d. Stadt-Krankenanstalt Reimscheid.

2 eiserne Öfen, verschiedene Kommoden, Bettstellen, alte Rahmen, Konserven- u. Wein-tisten, Fässer, Rehrichtbüten zu verkaufen.
Ader, Wellrikstr. 21
Telephon 3930.

Stoffe
in allen Preislagen bei
Humbrock, Schneiderei
Webergasse 14. — Fernsprecher 841.

Nachmahl, nach neu. v. Krieger, Frankfurt 22.

Spezialarzt
am Sanatoriumsleiter, im Ausland approbiert.
Haut-, Geschlechts-, Frauenl., Blutproben, etc.
Wiesbaden,
Marktstr. 6.
10-1, 4-7, Sonnt. 10-1.

Haut, Blasen Frauenleiden
(ohne Quecksilber, ohne Einspritzung).
Blut-, Urin-Untersuchungen
Aufklär. Broschüre No. 5a gegen Einsend. von Mk. 5.— diskret verschl.
Spez.-Arzt Dr. med. Holländer's Ambulatorium
Frankfurt a. M., Bethmannstrasse 36, gegen-über Frankfurter Hof. Tel. „Hansa“ 6963.
Taglich 11—1, 5—7 Uhr. Sonntags 10—12 Uhr

Syphilis.
Behandlung nach den neuesten wissenschaftl. Methoden
ohne Berufsstörung
Spez.-Arzt Dr. med. Holländer's Ambulatorium
Frankfurt a. M., Bethmannstrasse 36, gegen-über Frankfurter Hof. Tel. „Hansa“ 6963.
Taglich 11—1, 5—7 Uhr. Sonntags 10—12 Uhr

Schwab, Noelle & Co.
Bankgeschäft = Essen (Ruhr)
Telegramm-Adr.: Schwanobank.
Fernsprechanträge: Für den Orts- u. Bezirks-verkehr Nr. 7325, 7326, 7328, 8176. — Für den Fernverkehr Nr. 7320—7324.
Düsseldorfer Börse: Nr. 15194.

Zum Anlagetermin
sind wir freibleibend Abgeber für:
4½ % Münchner Stadtanleihe zu 97 %
4½ % zu 100 rückzahl. Bayr. Großwasserkraftwerke Walchense-Obblig. zu 98 %
4½ % „ 103 rückz. Roddergrube - Obl. „ 102 %
5 % „ 102 „ Badenwerk- „ 102 %
5 % „ 103 „ Friedrichroda- „ 100 %
5 % „ 103 „ Lovershaus. Kall- „ 100 %
5 % „ 103 „ Moers- „ 102 %
5 % „ 103 „ Ronnenberg- „ 100 %

Unsere „Rundschau über d. rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt“ und unsere Kuxenmarktbereichte auf Wunsch kostenfrei. F186

RÉGINA
am Kurhaus
Berühmt für gute Küche
Telephon 669.

Telephon 4424.
auf Namen u. Nr. 27,

